

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Netzwerk gegen Diskriminierung bilden: Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft**

Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind nicht hinnehmbar. Viele Menschen, die am Arbeitsplatz, in Behörden, Bildungsinstitutionen, Einrichtungen der Sozialversorgung oder im Alltag diskriminiert werden, wissen jedoch nicht, welche Rechte sie haben oder wohin sie sich wenden sollen, um sich gegen die Diskriminierung zu wehren. Es gibt bereits viele Anlaufstellen – auch im Bundesland Bremen – die Hilfe anbieten, jedoch sind sie nur für spezifische Diskriminierungsmerkmale, wie Behinderung oder Geschlecht zuständig.

Es ist deshalb nötig, landesweit die Zusammenarbeit der Beratungsstellen und Akteure untereinander zu fördern und die lokale Beratungsarbeit zu unterstützen. Ziel ist es, ein Netzwerk gegen Diskriminierung zu errichten, das auch die Zusammenarbeit mit anderen Städten, Bundesländern und dem Bund sichert, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine wirksame Strategie gegen die Diskriminierung von Menschen und Gruppen zu entwickeln, denn Diskriminierung ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Bremen sollte deshalb auch wie schon Hamburg und Berlin der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Leben gerufenen „Koalition gegen Diskriminierung“ beitreten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene für die Bekämpfung von Benachteiligungen einzusetzen,
2. zu prüfen, wie die bestehenden Einrichtungen und Strukturen des Landes Bremen dahingehend angepasst werden können, dass auch dort jeglichen diskriminierenden Tatbeständen als zentrale Aufgabe nachgegangen und dies auch der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird,
3. in den Zuwendungsverträgen mit den entsprechenden Einrichtungen zu vereinbaren, dass die Empfänger/-innen sich im Rahmen ihrer Leitbilddiskussion mit dem Thema Antidiskriminierung auseinandersetzen haben und daraus konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Diskriminierung abzuleiten sind,
4. vor Ort für das Thema Diskriminierungsschutz zu sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern,
5. dass das Bundesland Bremen sich der Koalition gegen Diskriminierung anschließt und die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes unterzeichnet.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr in einem Jahr über die Umsetzung der oben genannten Punkte Bericht zu erstatten.

Dr. Zahra Mohammadzadeh,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Valentina Tuchel,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD